

Emanzipation der Emanzipation

Die Sozialdemokratie als emanzipative Kraft- Kopplung von politischer Partei und Protestbewegungen?

Momentum 14: Emanzipation

Hallstatt 16. - 19. Oktober 2014

Klaus Baumgartner, Maximilian Locher, Georg Hubmann

Gliederung

Abschnitt 1: Sozialdemokratie: Von der Protestbewegung zur Partei

- 1. Von der Protestbewegung zur Partei**
- 2. Institutionalisierte Emanzipation: Der Staat als sozialdemokratisches Projekt**
- 3. Den Faden verloren: Das sozialdemokratische Krisenjahrzehnt**
- 4. Schlussfolgerungen**

Abschnitt 2: Das politische System - eine soziologische Klärung des Verhältnisses von Parteien und Protestbewegungen

- 1. Systematische Verortung von Parteien und Protestbewegungen**
- 2. Kopplungsprobleme von Sozialdemokratie und Protestbewegungen**
- 3. Prämissen für eine gelungene Kopplung**

Abschnitt 3: Sozialdemokratie und Protestbewegungen: Eine chancenreiche Verbindung

- 1. Sozialdemokratie und Protestbewegungen: Potentiale einer engen Kopplung**
- 2. Sozialdemokratie als Emanzipatorische Bewegung: Verknüpfung von Theorie und Praxis**
- 3. Schlussfolgerungen und Ableitungen**

Abstract

Im Beitrag wird die These vertreten, dass das Grundinteresse im Zusammenhang mit der Gründung der Sozialdemokratie war, den arbeitenden Menschen bessere Lebensbedingungen zu verschaffen. Dieser emanzipatorische, aufklärerische Zugang ermöglichte eine breites Bündnis von ArbeiterInnen und damit die Verstetigung der Bewegung als sozialdemokratische Parteien. Die ersten politischen Forderungen wie die Versammlungsfreiheit, das allgemeine Wahlrecht oder der 8 Stunden Arbeitstag konnten in der Folge erreicht werden. Die Sozialdemokratie als Partei wurde zu einem zentralen Faktor im politischen System. Mit diesem Wandel von der Bewegung zur Partei änderten sich auch die Arbeits- und Funktionsweisen. Einhergehend mit der Realisierung immer weiterer politischer Ziele gelang der ursprünglichen Zielgruppe der Sozialdemokratie ein gesellschaftlicher Aufstieg, sie wurde emanzipiert und ein Teil der Gesellschaft der heute stärker mitreden kann als noch vor 100 Jahren. Dieser politische Erfolg ändert die Rolle der Sozialdemokratie die grundsätzliche Ausrichtung als Protestbewegung kann heute oftmals nicht mehr aufrecht erhalten werden. Das gilt vor allem in der aktuellen Situation wo die Sozialdemokratie als politische Partei mit sinkenden Mitgliederzahlen und immer schlechteren Wahlergebnissen zu kämpfen hat. In der öffentlichen Wahrnehmung wird der Vorwurf laut, dass die gemachte Politik nicht mehr den Grundwerten entspricht. Die Sozialdemokratie hat damit ein massives Glaubwürdigkeitsproblem und erreicht immer weniger Menschen, die eigentlich die Zielgruppe einer emanzipativen Bewegung sein müssten oder bereits in einer (Protest-)bewegung engagiert sind. Damit ist auch die Kooperation mit Protestbewegungen deutlich erschwert.

Der Beitrag analysiert aufbauend auf diesem Befund die organisationssoziologischen Herausforderungen für die Sozialdemokratie, um wieder eine Kopplung mit Protestbewegungen zu Stande zu kriegen und sich damit ihrem ursprünglich emanzipativen Charakter wieder anzunähern. Die Voraussetzungen für eine Kopplung von Partei und Protestbewegung werden herausgearbeitet und mit der historischen Entwicklung der Sozialdemokratie verknüpft. So wird an Beispielen gezeigt, wie die Kopplung zwischen Sozialdemokratie und Protestbewegungen in den Anfangsjahren, der Hochzeit (1970er Jahre) und in der aktuellen Situation der Sozialdemokratie funktioniert(e).

Als Ergebnis steht dann nicht nur eine Einschätzung des Verhältnisses zwischen Sozialdemokratie und Protestbewegungen zur jeweiligen Zeit, sondern auch Vorschläge für eine organisatorische und politische Neuorientierung für die Sozialdemokratie, damit sie wieder Anschluss an Protestbewegungen finden und als emanzipative Bewegung wahrgenommen werden kann.

Abschnitt 1: Sozialdemokratie: Von der Protestbewegung zur Partei

1. Die Anfänge als emanzipatorische Kraft

In der Zeit nach der Revolution von 1848 entstand die Sozialdemokratie als Bewegung für die Vollendung der bürgerlichen Revolution. Das Ziel war Demokratie nicht nur als eine Frage der Verfassung zu verstehen, sondern auch die gesellschaftliche Abhängigkeit der Arbeiterklasse zu beseitigen. Es ging also um soziale Gleichheit und darum die Ausbeutung der Menschen durch die Menschen zu beenden, nichts weniger als Technik, Fortschritt und soziale Gerechtigkeit zu versöhnen.¹ Die Emanzipation der ArbeiterInnen aus der politischen Unterdrückung und den menschenunwürdigen Arbeitsverhältnissen ist der historische Auftrag der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie als emanzipative Bewegung hat in der Folge politisch viel erreicht. Die schrittweise Emanzipation der ArbeiterInnen, vom Wahlrecht bis zum 8 Stunden Tag, Arbeitszeitverkürzung, freier Zugang zu Bildung, Emanzipation der Frauen, Sozialstaat als Grundlage für allgemeinen Wohlstand etc. wurde durch den organisatorischen Wandel von einer teilweise verbotenen und zersplitterten Bewegung hin zu einer staatstragenden Partei mit dem Anspruch außerhalb und innerhalb des Parlaments für Mehrheiten zu kämpfen möglich.

1.1. Emanzipation als Glaubensbekenntnis der Sozialdemokratie

Das Glaubensbekenntnis der Sozialdemokratie ist jenes der Moderne, in der Technik, Fortschritt und soziale Gerechtigkeit keinen Widerspruch darstellen, sondern Grundlage für eine gerechte und wohlhabende Gesellschaft sind. Das Ende der „Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“² ist somit eine der originären Visionen der sozialdemokratischen Bewegung.³

Bereits Marx und Engels formulierten im „Manifest der Kommunistischen Partei“ 1848: *„An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation worin die Freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“*. So waren die organisatorischen Anfänge der Sozialdemokratie in der Mitte des 19. Jahrhunderts Arbeiterbildungsvereine die das Koalitionsrecht als gemeinsamen Nenner hatten und dies in den Mittelpunkt ihrer politischen Kämpfe, die außerhalb des Parlaments stattfanden, rückten. Aufbauend auf diese ersten Massendemonstrationen wurde 1870 die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen *„sich wegen gemeinsamer Einstellung der Arbeit zu verabreden, zur Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen mit Streiks zu drohen und Vereinbarungen zur Unterstützung der Streikenden zu treffen.“*⁴

¹ Vgl. Steinbach-Gröbl, in J. Weidenholzer (Hrsg.) „Rekonstruktion der Sozialdemokratie“ 1987, S.36

² Salomon-Delatour „Die Lehre Saint-Simons“, 1962, S. 58

³ E. Gröbel-Steinbach, 1987, ff

⁴ H. Konrad, K. Lenz: „Geschichte der Arbeiterbewegung“ Linz, S. 39

Kämpfe von Unten

Diese Durchsetzung des Streikrechtes war das Startsignal für eine intensive aber nicht minder kraftvolle Welle von regionalen und branchenspezifischen Arbeitskämpfen, wodurch historisch betrachtet diese Fachvereinigungen die Grundlage und Keimzelle der Gewerkschaftsbewegung bildeten. Besagte Arbeitskämpfe mischten sich oft spontan, punktuell und regional mit anderen sozialen Kämpfen (z.B. gegen Delogierungen) zu Klassensolidaritätsaktionen. Diese ersten emanzipatorischen Kämpfe waren also weder von oben organisiert noch starr abgegrenzt in ihrer politischen Agenda und sozialen Klasse.⁵

Selbstbestimmung über die Produktion

Das sozialdemokratische Verständnis von Emanzipation als Selbstbestimmung über die Produktion bedeutete auch sich von jener Staatform zu emanzipieren, die der kapitalistischen Logik folgte und darum der Marktwirtschaft keine Einschränkungen und Regelungen entgegenstellte. Dabei gab es zwar in den unterschiedlichen (auf Region und Branche bezogen) Arbeiterbildungsvereinen strategische und organisatorische Unterscheidungen wie dieser Prozess zur Emanzipation der Entrechteten ausgestaltet und durchgeführt werden muss, geeint waren sie aber in ihrer Annahme, dass technisch-industrielle Expansion Fortschritt bedeutet.

1.2. Emanzipation heißt Teilhabe durch Bildung

Für keine (Protest-)Bewegung war Bildung so stark mit den politischen und sozialen Kämpfen verbunden wie für die ArbeiterInnenbewegung am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Die Losungen „Wissen ist Macht“ bzw. „Bildung macht frei“ waren nicht nur propagandistische Aussagen, sondern auch organisatorisches Selbstverständnis. Die ArbeiterInnenbildung war Teil der ArbeiterInnenbewegung und in erster Linie ihrem Selbstverständnis nach als ein politischer Akt zur Emanzipation des Proletariats zu verstehen aus dem sich erst die Bildung der (Berufs)FunktionärInnen und Kader entwickelten.⁶

Parallelwelt Parteielite

Mit dem Aufstieg zur Massenpartei begann auch für die Sozialdemokratie die Herausforderung die passende(n) Organisationform(en) zu etablieren und die ursprünglichen Protestbewegungen in einer Massenorganisation zu strukturieren. Das Ziel, einen „*breit durchorganisierten, kontinuierlich arbeitenden und rational gelenkten Parteiapparats*“ bedurfte einer Führung von „*hauptamtlichen Funktionären*“⁷ Es gab also schon um die Jahrhundertwende jene Professionalisierung die zu einer eigenen Kaste

⁵ Vgl. H. Konrad, „Die Arbeiterbewegung in der österreichischen Reichshälfte“ in W. Maderthaler (Hrsg.) „Arbeiterbewegung in Österreich und Ungarn bis 1914, Wien 1986, S 125

⁶ Vgl. J. Weidenholzer, „Auf dem Weg zum neuen Menschen“, Wien., S. 40

⁷ Vgl. J. Weidenholzer, „Auf dem Weg zum neuen Menschen, Wien, S. 46.

von BerufspolitikerInnen führte, die nicht jenes Leben lebte, das zu vertreten und emanzipieren sie versuchte. Robert Michels beschrieb das schon 1911 in seinem Werk „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie“ wie folgt: *„Es ist aber nicht zu verkennen, daß alle diese Bildungsinstitute für Partei- und Gewerkschaftsbeamte wesentlich zur künstlichen Schaffung einer Arbeiterelite beitragen und durch die Schaffung einer Kaste von Arbeiterführer-Kadetten die Macht des Führertums über die Parteimassen erheben“*.⁸

1.3. Parteireform, die erste

Die Professionellste und am höchsten angesehene Bildungseinrichtung war ab 1904 die „Arbeiterschule“. Auf Grund des großen Andrangs wurden nur bereits gewerkschaftlich Organisierte ArbeiterInnen aufgenommen, die im Idealfall bereits eine Empfehlung von Gewerkschaft bzw. einer sozialdemokratischen Gruppierung vorweisen konnten. Man ging von dem Prinzip der Lernfreiheit, wie es in den Volksbildungseinrichtungen üblich war, weg und betrieb eine systematische Ausbildung zu (Spitzen)FunktionärInnen in der ArbeiterInnenbewegung. Systematisch meint einen normierten Lehrplan inklusive klarer inhaltlicher und zeitlicher Strukturen (2 Jahre, bzw 256 Unterrichtsstunden) für die Wissensvermittlung. Im Zentrum standen dabei vier Gegenstände: Allgemeine Staats- und Gesellschaftslehre, Volkswirtschaftslehre, Geschichte des Sozialismus, Österreichisches Recht. Die organisatorische und inhaltliche Grundlage im Sinne der Entwicklung der Theoriearbeit (Stichwort Austromarxismus) schufen damals meist junge sozialdemokratische Intellektuelle, deren soziale Herkunft überwiegend das jüdische BürgerInnentum Wiens war, weswegen Ihnen eine Karriere an den Universitäten auf Grund der herrschenden Verhältnisse verwehrt blieb und sie sich in und für die Sozialdemokratische Programm und Bildungsarbeit engagierten⁹

Die Mühen der Tagespolitik

Nach kurzer Zeit wurde dabei klar, dass es einen Mangel an Bezügen zu tagespolitischen Themen sowie zu aktuellen organisatorischen Herausforderungen gab und so wurde ein zusätzliches Semester angedacht aber nie verwirklicht, jedoch bildete sich eine Gruppierung von AbsolventInnen heraus die sich mit folgenden Fragen und Themenstellungen beschäftigte: *„Was ist Freiheit? Parlamentarismus und Sozialdemokratie; Anarchistische und sozialistische Gewerkschaften; Der Generalstreik; Die Frauenfrage; Militarismus; Gewerkschaft und Sozialismus; Die Teuerung der Agrarprodukte; Die Agrarfrage; Die Nationalitätenfrage und ihre sozialen und ökonomischen Grundlagen; Die Nationalitätenfrage und der Staat; Die Nationalitätenfrage und die Gewerkschaften.“*¹⁰

⁸ Michels, Robert „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie“, Leipzig, 1911, S. 32

⁹ Vgl. E. Glaser, „Die Entwicklung politischer Ökonomie und Soziologie in der österreichischen Reichshälfte vor dem Ersten Weltkrieg“ in W. Maderthaner (Hsg.) „Arbeiterbewegung in Österreich und Ungarn bis 1914“, Wien 1986, S. 171

¹⁰ (Vgl. J. Weidenholzer, „Auf dem Weg zum neuen Menschen“, Wien 1981, S. 55

2. Institutionalisierte Emanzipation: Der Staat als sozialdemokratisches Projekt

Lehnte die Sozialdemokratie in weiten Teilen und Bereichen ihrer ersten Phase bis in die Zwischenkriegszeit hinein noch den Staat als bürgerlich-reaktionären Widerpart zum eigenen Idealbild des Sozialismus ab, so ging sie in ihrer Hochzeit, ab den 1960er Jahren dazu über den Staat zu reformieren und damit die sozialdemokratischen Ideale nicht nur außerhalb des Parlamentes zu leben und zu verwirklichen. Die Sozialdemokratie verstand sich aufbauend auf ihre ideologischen Fundamente aus der ersten Republik bzw. der Weimarer Republik auch als Gestalterin und Treiberin, um die sozialstaatliche Idee aus dem Parlament heraus zu verwirklichen.¹¹ Dieser vermeintliche Bruch mit der eigenen Geschichte, den kapitalistischen Staat nicht mehr als Gegenpart sondern als zu reformierendes Konstrukt zu begreifen, führte zu den großen Erfolgen von Brandt in Deutschland, Palme in Schweden und Kreisky in Österreich.

2.1. SozialpartnerInnenschaft statt Klassenkampf

Die vor dem ersten Weltkrieg entstehende und in den 20er und 30er Jahren vorhandene klassenkämpferische, austromarxistische Theorie entwickelte sich nach dem zweiten Weltkrieg weiter zu einem Selbstverständnis als staatstragende Volkspartei sowie sozialpartnerschaftlich orientierten Gewerkschaften. Auch die Kulturarbeit, also den Angeboten zur Selbstverwirklichung und Emanzipation der vermeintlich entrechteten wurde nicht mehr alleinig als Aufgabe der Bewegung angesehen sondern reformistisch in den Sozialstaat eingebunden.¹²

Sowohl für die Gewerkschaftsbewegung als auch für die Sozialdemokratische Partei zeichneten sich durch dieses theoretische und organisatorische Verständnis Mitgliederzuwächse und Wahlerfolge gleichermaßen ab. Dies zum ersten Mal in der Geschichte parallel bei den (österreichischen) Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. Denn sowohl um die Jahrhundertwende als auch in der Zwischenkriegszeit wanderten Mitglieder der ursprünglichen, gewerkschaftlich orientierten ArbeiterInnenbildungsvereinigungen zu sozialdemokratischen Organisationen/Parteien ab.

2.2. Protestbewegungen aus der Partei

Die Sozialdemokratischen Parteien waren nun nicht mehr der Versuch von intellektuellen Zirkeln eine ideologische Klammer zwischen den Protestbewegungen zu spannen, sondern Plattform und Maßstab für Protestbewegungen. Durch ihre Engmaschige, macht-transparenten Strukturen entwickelten sich emanzipatorische Projekte nun aus der Sozialdemokratie heraus und spalteten sich im Extremfall von dieser ab, was einen ganz deutlichen Unterschied zu den Anfängen darstellt, als die

¹¹ E. Gröbl-Steinbach „Zur Rekonstruktion des sozialdemokratischen Paradigmas“ Linz 1987 bzw. F. Walter „Im Herbst der Volksparteien“ Bielefeld 2009.

¹² Vgl. J. Weidenholzer, „Auf dem Weg zum neuen Menschen, Wien 1981 und F. Walter „Im Herbst der Volksparteien“

Sozialdemokratie aus Arbeits- und Sozialkämpfen entstand und daraus ihre Organisation entwickelte.

3. Den Faden verloren: Das sozialdemokratische Krisenjahrzehnt

Die Sozialdemokratie ist in den letzten Jahrzehnten von der führenden Kraft in vielen Ländern Europas, mit teils sehr hohem Organisationsgrad in der Bevölkerung, sukzessive in die Krise gerutscht. Dafür sind vielfältige Gründe verantwortlich zu machen: Programmatische Irrwege, wie das Vorantreiben des Neoliberalismus im Zuge der Politik des dritten Weges in den neunziger Jahren genauso wie eine behäbige Organisation die immer weniger fähig war, Menschen an sich zu binden und damit auch an praktischem gesellschaftlichen Einfluss verloren hat.¹³

3.1. Massenbewegung ohne Massen

Die Sozialdemokratie in Österreich galt in den 1970er Jahren auf Grund ihres hohen Organisationsgrad in der Bevölkerung als Vorbild für viele sozialistische Mitgliederparteien in Europa. Die SPÖ erreichte 1979 ihren Mitgliederhöchststand, als sie 721.262 Menschen in der Partei organisiert hatte. Wahlberechtigt waren bei der Nationalratswahl im selben Jahr 5.186.735 Menschen, die SPÖ erreichte unter Kanzler Bruno Kreisky 51 % der Stimmen und konnte so über 2,4 Millionen Stimmen auf sich vereinen. Heute hat die SPÖ etwa ein Drittel der Mitglieder (rund 240.000) und bei den letzten Wahlen konnten sie nur mehr 26,8% der Stimmen also 1.258.605 WählerInnen für sich gewinnen.

3.2. Und täglich grüßt die Parteireform

Auf fast jede Wahlniederlage seit den 80er Jahren reagierten und reagieren die europäischen Sozialdemokratien mit Parteireformen und versuchen so ihre alte, die Gesellschaft einende Stärke wieder zurückzugewinnen. Einzelne Beispiele wie die Mitgliederbefragung in Deutschland zum Koalitionsvertrag zeigen zwar eine Trendumkehr in der Mitgliederentwicklung (Sprunghafter Anstieg der Mitgliedszahlen nach der Urabstimmung) jedoch sind diese Reformen in kein ganzheitliches organisatorisches und politisches Programm eingebettet. Blickt man auf die Mitgliederbefragungen der oberösterreichischen Sozialdemokratie aus den 80er, 90er und den 2000er Jahren zeigen diese sehr ähnliche Wünsche der Parteimitglieder auf. Die SPÖ Oberösterreich hat es also offensichtlich nicht geschafft, die in den Mitgliederbefragungen erhobenen Probleme und in Reformpapieren zusammengefassten Vorsätze in eine erfolgreiche Organisationsreform umzumünzen und in ihren politischen Alltag zu implementieren. Wenig verwunderlich sind vor diesem Hintergrund auch die stets weiter sinkenden Mitgliederzahlen, das damit verbundene Nachwuchsproblem und die schlechten Wahlergebnisse.

¹³ Vgl. M. Micus „Die Macht der Autosuggestion. Reale Krise und gefühlte Stärke bei der österreichischen Sozialdemokratie“ in F. Butzlaff, M. Micus, F. Walter „Genossen in der Krise“, Göttingen 2011

3.3. Protestbewegungen, nein danke?

In den letzten 30 Jahren gab es zwar immer wieder größere und kleinere (zivilgesellschaftliche) Protestbewegungen und Parteien die zwar im Kern sozialdemokratische Ideale vertraten, jedoch wurden diese weder ganzheitlich von der Sozialdemokratie getragen noch wurde im Anschluss daran politisches Kleingeld durch Erschließung neuer Netzwerke und Themenbereiche gewonnen. Im Gegenteil manifestierten sich diese, wie etwa die Grün-Bewegungen, oft als eigene Parteien, die schlussendlich die als Konkurrenz ansehen und dadurch politische Themen in Konkurrenz und Abgrenzung zur Sozialdemokratie deuteten und besetzten. Ähnliches kann auch bei der Piraten-Partei festgestellt werden. Aber selbst in jenen Momenten in denen eine Protestbewegung kurzfristig sozialdemokratische Politik einforderte, konnten die Sozialdemokratischen Parteien diese nicht im notwendigen Ausmaß an sich binden, noch die Bewegungen für ein gemeinsames Engagement gewinnen, wie Lichtermeer(e), globalisierungskritische Bewegungen (Stopp GATS; Stopp TTIP, Occupy...), Uni brennt oder Anti- Abschiebebewegungen zeigen. Das von Seiten dieser Bewegungen eine starke Sozialdemokratie durchaus gewünscht wird, zeigt sich auch daran, dass sie ihre Kritiken hauptsächlich an Sozialdemokratischen Parteien richten und nicht etwa an Andere im politischen Spektrum.

4. Schlussfolgerungen

Heute sind es immer wieder Protestbewegungen die die gesellschaftliche Interessensvertretung von vielen Personen und Anliegen übernehmen. Für diese Menschen gelten traditionelle Parteien wie die Sozialdemokratie nicht mehr als Hoffnungsträgerinnen für eine bessere persönliche Zukunft. Damit hat die Politik im Allgemeinen aber auch die Sozialdemokratie den Anschluss an viele Gruppen verloren. Das ist besonders für die Sozialdemokratie bitter, denn die Anliegen entsprechen oft ihrem ideologischen Grundbekenntnis und die Menschen wären damit eigentlich eine zentrale Zielgruppe bzw. gute Verbündete.

Abschnitt 2: Das politische System - eine soziologische Klärung des Verhältnisses von Parteien und Protestbewegungen

1. Systematische Verortung von Parteien und Protestbewegungen

Anschließend an die Analyse des historischen Verhältnisses von Sozialdemokratie und Protestbewegungen werden im Folgenden aus einem systemtheoretischen Blickwinkel Rahmenbedingungen, Stolpersteine und Voraussetzungen für gelungene Kooperationen zwischen Parteien und Protestbewegungen aufgearbeitet. Um zu untersuchen wie politische Organisationen Treiberinnen von breiten sozialen Bewegungen werden können, und doch im politischen System mittels Entscheidungen einen Unterschied machen können, welcher die Strukturen zur Emanzipation von Menschen schafft, soll im Folgenden zuallererst das Funktionssystem der Politik näher beleuchtet werden. Erst dann wird es Sinn machen darauf einzugehen, wie politische Organisationen sich als rigidere Systeme mittels ihrer Unterscheidungen im Medium der Macht einprägen, und lose Elemente so koppeln, dass ein politischer Output beobachtbar wird.¹⁴

a. Politik und Macht

Niklas Luhmann definiert die Funktion von Politik im „Bereithalten der Kapazität zu kollektiv bindendem Entscheiden“.¹⁵ Die kollektive Bindung von Entscheidungen wird im politischen System im Medium der Macht durch unterschiedlichste Machtpraktiken stabilisiert.¹⁶ Dementsprechend wird Macht zum zentralen Faktor der Ausdifferenzierung im politischen System, indem entlang des Codes der Machtüberlegenheit / Machtunterlegenheit die verschiedenen Systeme innerhalb des politischen Systems versuchen in die Position der Machtüberlegenheit zu kommen, und so nicht in die Position der Unterlegenheit und gar des Gehorsams gedrängt zu werden.¹⁷ Diese Codierung findet ihre Entsprechung in der Systembildung, wenn politische Ämter eingerichtet werden, diese wiederum nach Amtsträgern und Amtsunterworfenen unterschieden werden,¹⁸ und entlang dieser Amtsunterscheidungen der Einsatz von Macht in der Politik erwartbar, Luhmann würde im Hinblick auf den Einsatz von Macht sagen antizipierbar wird¹⁹.

Entlang dieses Codes bleibt das politische System deswegen in Bewegung, weil es im Rahmen unterschiedlicher Verfahren, Wahlen sind eines unter diesen, die Codierung kontingent setzt, das heißt den Raum dafür öffnet, eine andere Zuteilung in Unterworfenen und Überlegenen vorzunehmen. Die Präferenz von Systemen innerhalb des politischen Systems eher auf der positiven als auf der negativen Seite dieser Codierung

¹⁴ Vgl. Luhmann (1988, S. 312), der vor dem Hintergrund der Annahme, dass Rigidität sich in Losen einprägt, die Frage stellt, in welcher Struktur das Rigidere - die Organisation - dies tut.

¹⁵ Luhmann (2000a), S. 84.

¹⁶ Vgl. Luhmann (2000a), S. 28 ff. & 282.

¹⁷ Vgl. Luhmann (2000a), S. 88.

¹⁸ Vgl. Luhmann (2000a), S. 91

¹⁹ Vgl. Luhmann (2000a, S. 28), demzufolge Macht auf der Antizipation von Gehorsam auf der Seite der Überlegenen und auf der Antizipation von Anwendung auf der unterworfenen Seite basiert

zu operieren, hat disziplinierende Effekte für die Systeme, welche sich auf der negativen Seite des Codes befinden. Sie reflektieren zwar die positive Seite hinsichtlich deren Kommunikationen, doch müssen sie das immer in dem Rahmen tun, dass sie in ihrer Umwelt die Erwartung schüren, nicht nur auf Ebene der Kontingenzsetzung und Reflektion kompetent zu sein, sondern auch einen positiven Umgang mit Macht praktizieren zu können.²⁰

b. Parteien als politische Organisationen in der Politik

Wenn die Funktion von Politik im „Bereithalten der Kapazität zu kollektiv bindendem Entscheiden“ besteht, dann liegt Luhmann zufolge die Funktion von Parteien als politischen Organisationen in der unverbindlichen Vorbereitung dieser Entscheidungen, sowie der Entscheidungen über die Besetzung der beiden Seiten des Codes der Spitze des politischen Systems in demokratischen Systemen: von Regierung und Opposition.²¹ Parteien fungieren in diesem Sinne als Verdichter von Entscheidungsmöglichkeiten und Kontingenzsetzer von Problemlagen, während die Staatsorganisation versucht, diese Möglichkeiten in Ordnungsangeboten unter mehr oder minder auffälligem Rückgriff auf die Staatsgewalt, das heißt die monopolisierte Staatsmacht in die Gesellschaft zu tragen, und sie verbindlich zu setzen.²² Anhand ihrer die Zeit und Thematiken überspannenden variierenden Angebote für Entscheidungen werden Parteien dann auch anhand ihrer Werte und Interessen unterscheidbar,²³ da die über die Zeit variierenden Angebote den Blick auf die Strukturen der Parteien freizugeben scheinen,²⁴ welche ein charakteristisches Maß an Konsistenz zwischen diesen Angeboten produzieren - oder eben auch nicht. Dabei ermöglicht erst die Öffnung der Zukunft des politischen Systems durch Wahlen die Zuspitzung von Kommunikation auf Entscheidungen.²⁵ Erst durch die Einführung der Veränderbarkeit der Positionen im Code der Macht, also Machtunter- und Machtüberlegenheit, wird Kommunikation zum Ereignis und somit zur Entscheidung, welche sowohl vor dem Ereignis als auch danach kontingent gesetzt wird.²⁶ Jeweils unter der Prämisse, dass die Kontingenzsetzung von Seiten der spezifischen Partei diese in einem populäreren Lichte erscheinen lassen könnte, welche ihr die öffentliche Meinung in Hinsicht auf die Konsequenz in Wahlen gewogen machen könnte.

Genau diese Strukturen, welche eine Verstetigung, ja eine Erkennbarkeit und eine institutionell funktionale Erwartbarkeit über die Zeit hinweg darstellen, stellen dabei aber Luhmann zufolge ein Problem für die „Realitätsangepasstheit des Systems“ dar, da es nun mit der Beschäftigung mit der eigenen Reproduktion zu einer Distanzierung von der Umwelt kommen kann, die das funktionale Maß übersteigt und zu einer

²⁰ Vgl. Luhmann (2000a, S. 73 & 88).

²¹ Vgl. Luhmann (2000a), S. 266.

²² Vgl. hierzu Luhmann (2000a), S. 214 & 245.

²³ Vgl. Luhmann (2000a), S. 100.

²⁴ Vgl. hierzu Luhmann (2000a), S. 65, der die Funktion von Strukturen darin sieht, dass Systeme dadurch in die Lage versetzt werden, Operationen an Operationen zu koppeln und so Vergangenheit mit Zukunft zu verschränken.

²⁵ Vgl. Luhmann (2000a), S. 104 f.

²⁶ Vgl. Luhmann (2000b), S. 187.

„Unterbrechung des Realitätskontinuums“²⁷ zwischen System bzw. Organisation und Umwelt führt.

c. Das Publikum und die öffentliche Meinung

Die öffentliche Meinung stellt das Medium dar, in dem künftige Wahlen vergegenwärtigt werden und Kommunikationen daraufhin bewertbar zu werden scheinen, inwieweit sie eine künftige Wahl der Partei wahrscheinlicher oder unwahrscheinlicher machen. Sie bauen also einen Verweisungszusammenhang auf, der dadurch diszipliniert wird, dass alle politischen Äußerungen damit rechnen müssen, beobachtet zu werden.²⁸ Das politische Publikum simplifiziert dabei stark, indem sie zum einen alle Beobachtungen diesem Kalkül des Rechnens mit dem Beobachtetwerden entziehen und als Handlungen beobachten,²⁹ und neben diesen blinden Beobachtungen Entscheidungen immer unmittelbar einzelnen Personen zurechnen,³⁰ anstatt Strukturen und politischen Spielen im Medium der Macht. Die öffentliche Meinung ist in hohem Maße von Massenmedien geprägt, welche sich ihrerseits an den im politischen System behandelten Konflikten orientieren, die für sie durch die Konfliktbeladenheit eine große Rezeptionswahrscheinlichkeit versprechen. Diese Konflikte werden Luhmann zufolge vor allem entlang der Leitunterscheidung Regierung/Opposition und rechts/links reproduziert.³¹ Diese Abhängigkeit von der öffentlichen Meinung, Konflikte politischen Entscheidungsprozessen zuführen zu können, lässt die Frage erscheinen, welche Konflikte überhaupt thematisiert werden, und welche aufgrund der starken Ausdifferenzierung und Professionalisierung der Politik überhaupt nicht von den Schemata der Politik (also primär Regierung/Opposition und links/rechts) erfasst werden.³²

d. Die Protestbewegung als Negation

Solche Probleme und Konflikte werden häufig anhand von der Form des Protests gegen die Gesellschaft und deren Folgen durch Protestbewegungen wahrnehmbar.³³ Mittels der Berufung auf Werte thematisieren Protestbewegungen Missstände und versuchen dann durch ihre verschiedenen Interaktionsformen Personen entlang deren Interessen zu mobilisieren.³⁴ Hierbei sind Protestbewegungen darauf angewiesen, dass die Attraktivität ihrer Werte und ihres Protests genügend Motivation zur persönlichen individuellen Unterstützung kreieren, denn Protestbewegungen organisieren nicht wie Parteien Entscheidungen und können auch nicht durch die (Nicht-)Vermittlung

²⁷ Luhmann (2000a), S. 20.

²⁸ Vgl. Luhmann (2000a), S. 281 & 290.

²⁹ Vgl. Luhmann (2000a), S. 292.

³⁰ Vgl. Luhmann (2000a), S. 377.

³¹ Vgl. Luhmann (2000a), S. 133.

³² Vgl. Luhmann (2000a), S. 134, der diese Nicht-Problematisierung von Problemen in der Politik als Folge der Ausdifferenzierung des politischen Systems einordnet.

³³ Vgl. hierzu Baecker (2005, S. 122) und Luhmann (1997, S. 859).

³⁴ Vgl. Luhmann (2000a), S. 183.

politischer Ämter ihre Mitglieder sanktionieren. 35 Einerseits haben Protestbewegungen dabei aufgrund ihrer Distanz zum politischen Entscheiden die Möglichkeit, abseits jeder politischer Konsequenz zu thematisieren und zu fordern,³⁶ und ersetzen so die Blindheit ausdifferenzierter politischer Parteien für manche Themen durch die Festlegung auf Werte, welche sie wiederum blind für Argumentationen der Gegenseiten ihres Protests machen.³⁷ Andererseits bilden sie aufgrund ihrer Situierung in der Peripherie des politischen Systems auch keine Hierarchien, sondern organisieren sich weitgehend heterarchisch über die Differenzierung von Kerngruppen, Anhängern und Sympathisanten.³⁸

Da Protestbewegungen ihrer Skandalisierung von Themen nur nachgehen können, wenn sie andere Wege nehmen als die tradierten des politischen Systems, wählen sie verschiedene Formen des Protests.³⁹ Mit diesen suchen sie, Personen an ihren Interessen und ihrer Betroffenheit zu packen,⁴⁰ und durch die Inszenierung des Protests mittels dem „massenhaften Einsatz von Körpern“⁴¹ die Massenmedien zur Setzung ihrer Themas und Nachvollziehung ihrer Situationsdefinitionen zu bewegen. Für die Entscheidung für den Protest als Form des Einflusses auf das System ist der blinde Fleck von Protestbewegungen äußerst funktional. Denn er ermöglicht den Protestbewegungen die Selbstbeschreibung, dass sie Problemsituationen von Menschen besser verstünden als andere,⁴² und lässt sie darüber hinaus die Selbstbeschreibung derer, gegen die sie protestiert, nicht berücksichtigen.⁴³ So protestiert es sich leichter. Der Protest muss in gewisser Weise auf Unverständnis des anderen bauen, um noch Protest zu sein. Der blinde Fleck der Protestbewegungen ist aber nicht nur für die Bewegungen selbst funktional, sondern auch für die gesamte Gesellschaft. Denn erst mit den Protestbewegungen, die sich in der modernen Gesellschaft verstärkt an einzelnen spezifische Funktionssystemen und deren Folgen für Gesellschaft orientieren,⁴⁴ erlangt die Gesellschaft Möglichkeiten der eigenen Negation mit einem anderen Ordnungsangebot für Gesellschaft zu produzieren,⁴⁵ welche sich seinerseits immer noch in der Gesellschaft verorten und diese affirmieren. Gibt es solche alternativen Ordnungsangebote nicht links, dann wird die Negation von Folgen der Funktionssysteme in eine höhere Anziehungskraft von rechten Bewegungen und deren Ordnungsangeboten und Protestformen münden. Die Protestbewegung muss, solange sie nur Protestbewegung ist, hoffen, dass ihr Agieren wahrgenommen wird, und sie über ihre Anziehungskraft einen Einfluss gewinnt, der es ihr ermöglicht, Macht abseits der für

³⁵ Vgl. Luhmann (1997, S. 850) & Baecker (2005, S. 113).

³⁶ Vgl. Luhmann (2000), S. 316.

³⁷ Vgl. Luhmann (2000a) S. 267,

³⁸ Vgl. Luhmann (2000a, S. 317) & Luhmann (1997, S. 851).

³⁹ Vgl. Luhmann (1997), S. 852 f.

⁴⁰ Vgl. Luhmann (1997) S.854.

⁴¹ Luhmann (1997), S. 855.

⁴² Vgl. Luhmann (1997), S.864, der dies als „Illusion“ beschreibt. Dieser Deklassifikation wollen wir uns mit dieser Arbeit nicht anschließen, wie noch weiter unten erklärt werden wird.

⁴³ Vgl. Luhmann (1997), S. 855.

⁴⁴ Vgl. Luhmann (1997), S. 853, der dies als Folge des Fehlens eines gesamtgesellschaftlichen Zentrums in der modernen Gesellschaft beschreibt.

⁴⁵ Vgl. Baecker (2005), S. 125.

sie alleine nicht erreichbaren formellen Entscheidungswege auszuüben. Möchten Protestbewegungen über ihre Protestformen hinweg wirkungsvoll kommunizieren und ihre Kommunikation unmittelbar auf Entscheidungen ausrichten, dann müssen sie entweder eine eigene organisierte Vertretung herausbilden und institutionalisieren, oder die Kopplung an eine bestehende Organisation schaffen. Für ersteren Fall nennt Luhmann das Beispiel Greenpeace, welches umgekehrt mit der Protestbereitschaft von Protestbewegungen rechnen kann und so im politischen Spiel anders Einfluss nehmen kann.⁴⁶ Für letzteren Fall, und spezieller die Kopplung mit einer Partei als politischer Organisation, möchte diese Arbeit plädieren, muss sich jedoch in einem nächsten Schritt dafür zuerst der aktuellen (Nicht-)Kopplung zwischen der politischen Partei der deutschen Sozialdemokratie und linken emanzipatorischen Protestbewegungen widmen.

2. Kopplungsprobleme von Sozialdemokratie und Protestbewegungen

Nachdem der Sozialpsychologe Karl E. Weick in seinem bekannten Aufsatz „Educational Organizations as Loosely Coupled Systems“ (1976) lose Kopplungen als den Kleber von Organisationen beschreibt⁴⁷ möchten wir in dieser Arbeit diesen Begriff der Kopplung dafür nutzen, zu untersuchen, inwieweit die Sozialdemokratie heute als politische Organisation mit Protestbewegungen zusammenklebt. Weick hat den Begriff der Kopplung von Glassman (1973) entliehen, und unterscheidet mit ihm zwischen festen und losen Kopplungen, indem er als Unterscheidungskriterien sowohl die Anzahl als auch die Stärke der Variablen nutzt, die beide Elemente gleichermaßen teilen.⁴⁸ Je loser also die Kopplung, desto schwächer die Responsivität und die Kausalzusammenhänge zwischen den Elementen und desto offensichtlicher ist die Unterschiedlichkeit der Identität beider Elemente.⁴⁹ Der Kopplungsbegriff hilft die Kopplung zwischen den Elementen Protestbewegung und Partei zu untersuchen, weil Weick als Elemente immer sich organisierende Prozesse beschreibt,⁵⁰ die im Fluss sind.⁵¹ Genau dies korrespondiert mit Luhmanns in dieser Arbeit genutzten Verständnis von Systemen, nach dem System nur System bleibt,⁵² wenn es sich reproduziert und so gleichermaßen einen rekursiven Fluss aufbaut.

Da die Funktion von Parteien wie bereits dargelegt, darin liegt, kollektiv bindende Entscheidungen vorzubereiten, lässt sich folgern, dass sie in einer Gesellschaft des Überschusses an Unsicherheit im politischen Prozess der Funktion der Unsicherheitsabsorption nachkommt, womit sie in die typische Gefahr von Organisationen gerät, an Absorptionen festzuhalten, anstatt diese immer wieder an Veränderungen der Umwelt anzupassen.⁵³ Dieses Vertrauen ist in einem sich weiter

⁴⁶ Vgl. Luhmann (1997), S. 850.

⁴⁷ Vgl. Weick (1976), S. 3.

⁴⁸ Vgl. Weick (1976), S. 6.

⁴⁹ Vgl. Weick (1976), S. 3 und ders. (2001a), S. 44.

⁵⁰ Vgl. Weick (2001b), S. 384.

⁵¹ Vgl. Weick (1995), S. 250.

⁵² Vgl. Luhmann (2000a), S. 241.

⁵³ Vgl. Luhmann (2000a), S. 266 f.

ausdifferenzierenden und professionalisierenden politischen System mehr unbewusst als bewusst, und hat zur Folge, dass die Parteien auf Distanz zum politischen Publikum geraten und alles außerhalb der Organisation nur noch mit einem „professionellem Blick“⁵⁴ beobachten. Dadurch bleibt vieles unbeobachtet, was nach einer eingängigen Beobachtung der Absorptionskriterien als beobachtenswert gelten würde. Auch mehr als ein Jahrzehnt nach dem Verfassen von „Die Politik der Gesellschaft“ (2000) trifft dieser kritische Blick Luhmanns zu. Die Arbeit politischer Parteien findet auch noch heute in verstaubten Hinterzimmern Gaststätten statt und ihre Kommunikation fixiert sich heute noch an Pressemitteilungen in den Print-Massenmedien, was die Wahrscheinlichkeit der Kommunikation mit Partei-externen Gruppierungen unwahrscheinlicher macht. Die Bearbeitung des Internets wird zumeist, wenn sie überhaupt getätigt wird, an junge Anhänger der Partei outsourct, anstatt sie ernsthaft selbst zu betreiben. Die Strukturen der Partei, welche Protestbewegungen am nächsten sein dürften, sind so stark in kommunalpolitischen Aufgaben gefangen, dass sie es nicht schaffen, die Kommunalpolitik übersteigende Motive der Protestbewegungen aufzufangen und politischen Konsequenzen zuzuführen. Zum einen kann dies zumeist auch nicht durch parteiinterne Prozesse der Willensbildung ausgeglichen werden, da diese einerseits zumeist vom bundespolitischen und den landespolitischen Zentren dominiert werden anstatt von der immer weiter distanzierten regional/kommunalen Basis der Partei, und andererseits auch bis heute Partei-externe Bewegungen oder politisch Interessierte keine Möglichkeit haben, ihren Input in das System von Parteitag und Parteikonferenzen einzuspeisen,⁵⁵ sondern eher auf ihre mentale Berücksichtigung in Diskussionen hoffen müssen. Andererseits können Wahlkreisbesuche der Abgeordneten aus den politischen Zentren diesen blinden Fleck zur Gänze beleuchten⁵⁶. Auch die Besuche selbst haben inzwischen einen Ritualisierungsgrad erreicht, der wiederum ganz eigene blinden Flecken an sich haften hat. Vielmehr wenden sich die Parteien ihrem Wettbewerb um Regierung und Opposition im Code der Macht zu und bauen sich dementsprechend in Karriereorganisationen um, in denen es in erster Linie um die Vergabe der machtüberlegenen Ämter geht.⁵⁷ Auch dieser Eindruck Luhmanns deckt sich mit den Tendenzen, dass bereits die jüngsten Mitglieder der Jugendorganisationen der Parteien in dem Funktionärs- und Ämterssystem gebunden werden; mit allen Folgen der einseitigen Sozialisierung, das heißt auch einer rückgängigen Doppeltmitgliedschaften in Parteien und anderen Organisationen bzw. Bewegungen und einer Disziplinierungen der individuellen politischen Kommunikation.

Jenseits des unmittelbaren politischen Betriebs begegnen Parteien einer Gesellschaft, die sich in stärkerem Maße als früher durch individualisierte Individuen auszeichnet, was zur Folge hat, dass Protestbewegungen auf instabilere Motiv- und Interessenslagen

⁵⁴ Luhmann (2000a), S. 267.

⁵⁵ Vgl. hierzu Luhmann (2000a), S. 267. Diese Willensbildungskategorien hat nur die Partei der PIRATEN ernsthaft hinterfragt, wenn auch mit mäßigem Wahlerfolg.

⁵⁶ Vgl. Luhmann (2000a), S. 267.

⁵⁷ Vgl. zu letzterem Luhmann (2000a), S. 267.

treffen,⁵⁸ und Parteien mit sehr instabilen und schwer kalkulierbaren Protestformen konfrontiert werden. Neben dieser Uneinheitlichkeit der Motivlagen, haben sich aber auch die Kommunikationswege heterogenisiert, mit dem man Zugang zu den Individuen finden kann.⁵⁹ Protestbewegungen sind nun nicht mehr nur an den Leibern auf der Straße oder den TV-Bildern vom Stoppen von Walfangfahrten ablesbar, sondern auch an den Unterstützerzahlen und Unterstützerformen von Online-Petitionen.

Es lässt sich schließen, dass die Kopplungen zwischen der Sozialdemokratie als Partei und Protestbewegungen äußerst lose sind, wenn in manchen Fällen überhaupt von einer Kopplung gesprochen werden kann und nicht jegliche Responsivität vermisst werden muss. In der Behandlung dieser Frage fällt aber auf, dass eine Reduktion der politischen Organisation auf einen singulären Akteur stark simplifizierend ist. Vielmehr verhärtet sich das Bild, dass sich als Folge der Professionalisierung und Beschleunigung von Politik die Ordnung im politischen System in Zentrum und Peripherie mehr und mehr auch innerhalb der Partei selbst wiederholt. Parteien haben sich nicht nur, wie Luhmann schließt, vom Publikum außerhalb der Partei entfremdet, sondern haben sich auch intern entfremdet. Während sich die politischen Zentren an hochkomplexen Themen und Stakeholder-Konstellationen abarbeiten und die Aufmerksamkeit der Massenmedien auf sich ziehen, bleibt die Basis der Parteien in der Kommunalpolitik gebunden. Dabei ist es gerade die Basis, welche in direkten Kontakt mit Protestbewegungen und dem politischen Publikum kommt. Diese bilden allerdings aufgrund der abnehmenden Bindung an geographische Räume und der Themensetzung der Massenmedien die Erwartungen an Parteien aus, dass diese auch an der Basis eher globale Politik behandeln und globale politische Entscheidungen vorbereiten, als sich vor allem mit Kommunalpolitik auseinanderzusetzen. Aus dieser internen Distanzierung erwächst ein organisationales Paradox. Obwohl interne lose Kopplungen die Bedingungen der Möglichkeiten schaffen, die dank der losen Kopplung breiteren Wahrnehmungen auch politischen Konsequenzen zuzuführen,⁶⁰ macht es diese sehr lose Kopplung gleichsam sehr unwahrscheinlich, dass es zum einen eine kompetente Aufnahme von Erwartungen der Umwelt gibt, und zum anderen diese auch tatsächlich einer politischen Konsequenz zugeführt werden, weil die Basis von den das Kommunale übersteigende politische Entscheiden in der Partei relativ weit entfernt ist.

3. Prämissen für eine gelungene Kopplung

Folgende Prämissen sind für eine erfolgreiche Kopplung von Parteien und Protestbewegungen ausschlaggebend, damit eine Kopplung bzw. Einbettung überhaupt möglich werden kann

- **Person:** Doppelmitgliedschaften sind anzustreben. Und Werbung um Parteimitglieder und Parteisympathisanten sind im Milieu der jeweiligen Bewegungen durchzuführen

⁵⁸ Vgl. hierzu Luhmann (1997), S. 851.

⁵⁹ Vgl. hierzu ebenfalls Luhmann (1997), S. 851.

⁶⁰ Vgl. Weick (1976), S. 6f.

- **Kommunikationswege:** Gremien und Versammlungen müssen geöffnet werden und in Teilen verschmelzen, Repräsentationssysteme sind anzudenken, Politiker müssen entlang ihres Fachbereichs mit den äquivalenten Fachorganisationen/-bewegungen innerhalb der Protestbewegung verbandelt sein
- **Entscheidungsprogramme:** Antragswege müssen geöffnet werden nach außen, das Zentrum der SD müssen stärker an die Peripherie gebunden werden
- **Kognitive Routinen:** es muss einen automatisierten Austausch von Kontaktdaten, Veranstaltungsterminen (Proteste, Treffen, Kongresse...), politischen Schriften/Informationsmaterialien und Pressemitteilungen geben
- **Organisationskultur:** es gilt die Verschiedenheit zwischen den unterschiedlichen Kulturen zu akzeptieren. Die eine Organisation muss politische Konsequenzen finden, die andere muss mit ihren Inhalten attraktiv genug sein für Mitglieder und dafür auch das politische System stark negieren können

Diese Punkte dienen in weiterer Folge als Bausteine in der Entwicklung von Vorschlägen für eine gelungene Kopplung von Sozialdemokratie und Protestbewegungen.

Abschnitt 3: Sozialdemokratie und Protestbewegungen: Eine chancenreiche Verbindung

Im Folgenden Abschnitt wird auf die historisch-praktische Analyse sowie auf den systemtheoretischen Zugang für das Verhältnis von Sozialdemokratie und Protestbewegungen aufgebaut, um die Potentiale der Kopplung zu skizzieren sowie Ansätze für Lösungsvorschläge zu entwickeln.

1. Sozialdemokratie und Protestbewegungen: Potentiale einer engen Kopplung

Um die bestehende Distanz zu überwinden braucht es neben einer neuen innerparteilichen Verschränkung auch neue und festere Kopplungen zu Protestbewegungen. Auf explizite Wege dieser Kopplungen werden wir in unten eingehen. Bevor aber diese Konkretisierung stattfindet, muss aber an dieser Stelle untersucht werden, welchen Effekt solch festere und vielzähliger Kopplungen zu Protestbewegungen für die Verfolgung des Auftrags der Emanzipation durch die Sozialdemokratie hätte.

Wie bereits angedeutet ist das Risiko jeglicher Beobachtung, dass die Beobachtung nicht parallel die eigenen Kriterien ihrer Unterscheidungen in Beobachtungen zweiter Ordnung beobachten können und in Beobachtungen erster Ordnung entlang des Codes ihres Funktionssystems weiter beobachten können.⁶¹ Für die Sozialdemokratie bedeutet dies, dass sie nicht am politischen Kampf um Machtüberlegenheit teilnehmen kann und dabei zugleich immer reflektieren kann, um welche Gruppierungen sie sich in ihrer Politik eben nicht kümmert. Koppelt sich Sozialdemokratie fester an Protestbewegungen so entwickelt sie eine Sensorik, die sie auf genau diese blinden Flecken aufmerksam machen kann. Sie wird also intelligenter und vergrößert ihren Wahrnehmungsapparat. Auch wenn die direkte Irritation in der Form von Negationen durch Protestbewegungen durchaus als belastend und zehrend empfunden werden können.

Indem sie diese zunehmenden Irritationen von Seiten der Protestbewegungen zulässt, und sich so zugleich für das ExpertInnenwissen dieser Bewegungen öffnet, gelingt es der Sozialdemokratie ihre Umwelt besser und verlässlicher zu kategorisieren und sich besser durch das „Wirrarr von Impulsen, die Reaktionen herausfordern“⁶² zu navigieren. Gleichzeitig würden die vom Kapitalismus dominierten Kopplungen, welchen die Sozialdemokratie und das gesamte politische System in einer sehr ungleichen Gesellschaft ausgesetzt sind,⁶³ einen emanzipatorischen Ausgleich bekommen.

⁶¹ Vgl. Luhmann (2000a), S. 328.

⁶² Luhmann (2000a), S. 143.

⁶³ Vgl. hierzu Badiou in Žižek (2012, S. 120).

Gleichzeitig stellen diese Kopplungen auch die Möglichkeit dar, die Massenmedien, von denen die Sozialdemokratie genauso wie andere politische Mitbewerber mittels der öffentlichen Meinung und deren Zusammenhang mit den Wahlen abhängig ist, zu beeinflussen. Denn Protestbewegungen sind, wie auch Luhmann unter dem Label eines „structural drift“⁶⁴ beschreibt, den Massenmedien sehr nahe und haben einen immer wieder aufkommenden Einfluss auf deren Funktion der Lancierung und Prozessierung⁶⁵ von Themen. Auf diese Weise könnte die Sozialdemokratie über die Anregung der Protestbereitschaft der mit ihr gekoppelten Bewegungen Themen setzen, zu denen sie in der Lage ist, kompetente Problemlösungen zu kommunizieren, die im politischen Betrieb durchsetzungsfähig sind, und dem Gedanken der Emanzipation entgegen kommen

Neben solchen qualitativen Veränderungen, die sich hinsichtlich der Emanzipation als Verbesserungen entpuppen könnten, gilt es auch die Folgewirkung von mehr und stärkeren Kopplungen der Sozialdemokratie mit emanzipatorischen Protestbewegungen auf die Position der Sozialdemokratie im Code der Machtüberlegenheit/Machtunterworfenheit zu untersuchen. Zum einen würden die Protestbewegungen mit einer festeren Kopplung auch neue Formen des Einflusses auf die Sozialdemokratie gewinnen, wobei alle drei Formen von Einfluss zum Einsatz kommen könnten, welche Luhmann in der Unsicherheitsabsorption, negativen, und positiven Sanktionen beschreibt.⁶⁶ In diesem Sinne würde die Sozialdemokratie nicht nur Treiberin, sondern auch Getriebene solcher Bewegungen werden. Wobei letzteres durchaus zu begrüßen ist, wenn die Bewegungen eine reflektierte emanzipatorische Agenda verfolgen. Zum anderen würde sich aber die Macht der Sozialdemokratie auch ausweiten weil sie durch die verschiedenen Protestformen der Protestbewegungen auch außerhalb des Wettbewerbs um Ämter Macht ausüben könnten und dies auch in anderen Funktionssystemen als ausschließlich dem politischen auf welches sich die Sozialdemokratie häufig beschränkt. So könnte punktuell die Wahrscheinlichkeit einer Übersetzung emanzipatorischer Gedanken in kollektiv bindende Entscheidungen gesteigert werden.

⁶⁴ Luhmann (1997), S. 862.

⁶⁵ Vgl. zu dieser Funktion Luhmann (2000a), S. 305.

⁶⁶ Vgl. Luhmann (2000a), S. 41 ff.

2. Sozialdemokratie als Emanzipatorische Bewegung: Verknüpfung von Theorie und Praxis

Die untenstehende Tabelle fasst entlang der Prämissen für eine gelungene Kopplung von Partei und Protestbewegung die Ergebnisse des Beitrags zusammen und versucht Ableitungen zusammenzufassen. Dabei wird auf die Ergebnisse der historisch-praktischen Analyse der Sozialdemokratie zurückgegriffen, um hier nochmals aufzuzeigen wie sich die Arbeitsweisen, Strukturen und Aufgaben der Partei verändert haben. Dieser Wandlungsprozess steht auch für die Entkopplung von Partei und Protestbewegungen, die anfänglich konstatiert wurde und ist hier an den Spalten 2 bis 4 nachvollziehbar und jeweils abschliessend in der fünften Zeile als Verhältnis von Sozialdemokratie und Protestbewegung zusammengefasst. Die hier getroffenen Ableitungen skizzieren die Ergebnisse der Verknüpfung von Theorie und Praxis

Vorraussetzung für Kopplung	Anfangsjahre	Hochzeit	Status Quo	Ableitungen und Potentiale
Person	Personen wechseln von Gewerkschaften in die Partei	Partei und Gewerkschaften haben großen Zulauf	Partei verliert Mitglieder; viele neue Protestbewegungen entstehen	Protestbewegungen, Zielgruppen gezielt einbinden, neue Strukturen schaffen, Partizipation ermöglichen
Kommunikationswege	Lose Strukturen, kein Überbau	Klare Strukturen und Verantwortlichkeiten, breite Beteiligung	Wahlverein, bei vielen Themen fehlt öff. Bekenntnis, Wahrnehmung nicht da	Selbst offensiv kommunizieren, Kampagnenarbeit, ÖA nicht PR
Entscheidungsprogramme	Keine Strukturen, keine reale Macht, TheoretikerInnen bestimmen über Aufbau	Demokratische Strukturen, aber klare Machtverteilung	Erste zarte versuche in einzelnen Bereichen, aber die Kultur dafür fehlt	Transparenz bei Entscheidungen, bessere Kommunikation, Sichtbarmachen und Bezug zu Grundsätze
Organisationskultur	Gemeinsamer Aussenfeind eint, pers. Kontakte entscheidend	Strategische Entscheidung über Einbindung	Keine Antwort auf gesellsch. Wandel, wenig Möglichkeit zur Beteiligung, Pragmatismus dominiert	Offenheit in der Diskussion und bei Ergebnissen, Ergebnisse dürfen sich auch ändern
Verhältnis von Partei und Protestbewegung	Viele Protestbewegungen sollen eine Partei werden	PB wollen Partei emanzipieren, Partei will von PB profitieren	PB haben Partei abgeschrieben, Partei will nicht gestört werden	Partei als Plattform für Protestbewegungen

Schlussfolgerungen und Ableitungen

- **Person:** Es müssen sich zusätzliche Zielgruppen zu den bisherigen finden, die die Sozialdemokratie als Bündnispartnerin für einen emanzipatorischen Prozess verstehen können. Für sie muss die Sozialdemokratie als Treiberin von gesellschaftlichen Transformationsprozessen hin zu (mehr) Teilhabe dienen. Ein Blick auf die ersten Betroffenen von globalen Krisen (Finanzkrise, Kriege, Erderwärmung) zeigt wem die Sozialdemokratie künftig zusätzlich dienen muss: Flüchtlinge/MigrantInnen, Working-Poor, Frauen.

Doch auch jene Gruppen die die Auswirkung von immer stärker wachsenden Schieflagen und Weiterentwicklungen in unserer Gesellschaft erkennen und offensiv angehen wollen müssen wieder Platz in der Sozialdemokratie finden, in dem neuen Strukturen (PES AktivistInnen, Themensektionen,...) nicht nur geschaffen, sondern auch Mitarbeit daran vom Hauptamt gefordert und gefördert werden.

- **Kommunikationswege:** Gremien und Versammlungen müssen geöffnet werden, die Erkennbarkeit von Zuständigkeiten und vorhandener Macht transparent gemacht und auf Auseinandersetzungen wieder bewusst eingegangen werden. Es geht aber auch um den direkten Kontakt der Kaste der BerufspolitikerInnen mit ExpertInnen aus den jeweiligen Fachbereichen und die direkte Vernetzung von Wissenschaft und Politik, um politische Herausforderungen frühzeitig erkennen zu können. Das auch weil das Ziel nicht sein darf Proteste nur symbolisch zu unterstützen, sondern bei diesen auch gegebenen falls (u.a. entlang der vorher genannten neuen Zielgruppen) aktiv voranzugehen.
- **Entscheidungsprogramme:** Innerorganisatorische Antragswege müssen geöffnet werden, sowohl nach innen als auch nach außen, denn das Zentrum der Sozialdemokratie muss sich wieder stärker an die Peripherie orientieren, um die Durchlässigkeit und Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen zu ermöglichen. Es muss möglich sein zu zulassen, dass Themeninitiativen von außen Ideen und Positionen in den Entscheidungsapparat der Partei einbringen können und so an der Grundausrichtung der Sozialdemokratie mitarbeiten können.
- **Organisationskultur:** Es gilt die Verschiedenheit zwischen den unterschiedlichen Organisationskulturen zu verstehen und zu akzeptieren. Eine Partei und ihre Führungsgremien müssen lernen, dass Diskussionen bis zu einem gewissen Grad Ergebnis offen geführt werden und sich dabei auch die Schwerpunkte und Zielsetzungen ändern können. Auch wenn dies Unsicherheit bedeutet und man sich von bisherigen Vorstellungen oder den Sachzwängen und dem Blick auf Umfragen und Wahlergebnisse lösen muss, es ist jedenfalls zielführend, wenn dadurch der Blick auf ein gemeinsames, großes Ganzes ermöglicht wird und so der Grundstein für eine Zusammenarbeit ermöglicht wird.

- **Modus:** Ständiger Wandel als Notwendigkeit für eine erfolgreiche Umsetzung. Der schlussendliche Erfolg einer Parteireform ist nur daran zu erkennen wie sich die Arbeits- und Funktionsweisen der Organisation verändern. Es muss spürbar sein, dass neue Wege eingeschlagen wurden und diese als Standard etabliert werden. Auf keinen Fall darf man sich nach ersten Erfolgen zufrieden zurücklehnen, sondern es muss die Reformarbeit ständig kritisch hinterfragt werden. Dabei ist entscheidend, dass klare Ziele formuliert werden und das Streben nach Austausch und Kooperation nicht erlischt – denn Parteireform ist ein ständiger Prozess. Die Bewegung braucht Bewegung und Kooperation braucht Offenheit.
- **Ziel:** Das Ziel einer gelungenen Kopplung von Sozialdemokratischen Parteien und Protestbewegungen muss sein, dass ein wechselseitiger Austausch und je nach Anlassfall engere oder losere institutionelle Kooperationen stattfinden. Jedenfalls muss aber eine steter Austausch und Diskurs stattfinden, damit die gemeinsame Weltsicht nicht verlorengeht und die jeweiligen Organisationsnotwendigkeiten und Eigenheiten wechselseitig verstanden werden. Wenn ausreichend Vertrauen da ist kann es auch gelingen die Sozialdemokratie in Zukunft zu einer Plattform umzubauen, eine Plattform in der gesellschaftspolitisches Engagement entlang der gemeinsamen Grundwerte ermöglicht wird. Dann wird auch die Kopplung von Partei und Protestbewegung nicht nur ein organisatorischer, sondern auch ein politischer Erfolg sein.

Quellen:

- D. Baecker: Form und Formen der Kommunikation, Suhrkamp 2005.
- E. Gröbl-Steinbach „Zur Rekonstruktion des sozialdemokratischen Paradigmas“ in J. Weidenholzer (Hg.): „Rekonstruktion der Sozialdemokratie“, Linz 1987.
- N. Luhmann: Die Kunst der Gesellschaft, Suhrkamp 1997.
- N. Luhmann: Die Politik der Gesellschaft, Suhrkamp 2000.
- N. Luhmann: *Organisation und Entscheidung*, 2000a
- H. Konrad, K. Lenz: „Geschichte der Arbeiterbewegung“, Institut für Sozial und Wirtschaftswissenschaften der AK OÖ, Linz)
- W. Maderthaner (Hg.): „Arbeiterbewegung in Österreich und Ungarn bis 1914“, Europaverlag Wien 1986
- K. Marx, F. Engels: „Manifest der Kommunistischen Partei“, Dietzverlag Berlin 1986, S 69
- G. Salomon-Delatour (Hg.): „Die Lehre Saint-Simons“, Neuwied 1962.
- K.E. Weick: Educational Organizations as Loosely Coupled Systems, 1976.